

Keine Vorschläge für Verwendung der FAK-Mittel

Die Abgeordneten der Freien Liste wollten von der Regierung wissen, wie sich die Mittel der FAK mittel- und langfristig entwickeln. Zu diesem Zweck reichten sie Anfang November ein Postulat ein. Dieses wurde jedoch nicht überwiesen.

Von Ramona Banzer

Vaduz. – Das Geld ist überall knapp, dennoch gibt es Bereiche in der liechtensteinischen Staatskasse, wo Überschüsse zu verzeichnen sind, beispielsweise in der Familienausgleichskasse (FAK): Seit 2006 wurden FAK-Beitragsüberschüsse in der Höhe von

über 33 Millionen Franken erzielt. Je nachdem, ob die Reserven der Familienausgleichskasse in hohem Masse ab- oder aufgebaut werden, soll die Regierung prüfen, ob weitere familienpolitische Massnahmen daraus finanziert werden können, anstatt beispielsweise den Beitragssatz zu senken», sagte Fraktionssprecherin Helen Konzett Bargetze. Das wollten die Abgeordneten der Freien Liste abklären lassen.

«Privatpostulat» an Pedrazzini

Judith Öhri (VU) führte aus, sie habe vor einigen Monaten dem zuständigen Regierungsrat Mauro Pedrazzini einen Vorschlag unterbreitet, wofür man die Mittel der FAK benötigt.

«Wenn ein Betrieb eine Frau beschäftigt und diese wird schwanger, wird das bei der Krankenversicherung als Krankheit und somit als Schadensfall taxiert. Dies bedeutet für die Betriebe, dass die Taggeldprämie in die Höhe schnell. Dies hat zwei Nachteile, junge Frauen werden dadurch auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt und andererseits laufen Betriebe, welche viele Frauen beschäftigen, Gefahr, dass sie höhere Prämien bezahlen müssen.» Öhri schlug vor, dass diese Nachteile durch die FAK ausgeglichen werden könnten.

Pedrazzini habe ihr gesagt, er werde einen Bericht und Antrag dazu vorlegen. Der Gesundheitsminister äusserte sich gestern aber nicht dazu. Mit ei-

nem Augenzwinkern bezeichnete der FL-Abgeordnete Thomas Lageder es als «etwas unorthodoxen Weg, Privatpostulate einzureichen» und verwies darauf, dass das FL-Postulat ebenfalls solche familienpolitischen Massnahmen tangiere. Schliesslich aber konnte die Freie Liste nur elf Abgeordnete überzeugen, damit wurde das Postulat nicht überwiesen. Einerseits vor allem, weil sich dieses Postulat mit demjenigen der FBP zur gesamtheitlichen Betrachtung von Transferleistungen schneidet. Andererseits, wie Gerold Büchel (FBP) sagte, weil «wir jetzt einen Topf haben, und schon gehts los, schon muss man wieder darüber diskutieren, wo man das Geld hinbringen könnte, das ist mir zu früh.»